

GASTKOMMENTAR

Wer ist das, das Volk?



ANDREAS OLDENBOURG

In weiten Teilen Spaniens bestimmen am morgigen Tag der Verfassung spanische Flaggen das Straßenbild. In Katalonien nicht. Dort lassen katalanische Separatisten ihre regionalen Fahnen einfach hängen. Läuft man als Tourist durch Barcelona, sind diese Fahnen die augenscheinlichste Erinnerung an den weiter schwelenden Sezessionskonflikt. Solche Kämpfe um kollektive Selbstbestimmung lassen sich in einer Frage bündeln: Wer ist das Volk? Die Mehrheit der Spanier sagt, es gebe nur ein Volk: das spanische Staatsvolk als Ganzes. Eine katalanische Minderheit erwidert, es gebe mehr als ein Volk, nämlich auch die Katalanen. Diese beanspruchen einen eigenen Staat, so sie denn in ihrer Region eine Mehrheit dafür finden.

Wie lässt sich ein solcher Konflikt lösen? In demokratischen Verfassungsstaaten doch wohl am besten demokratisch. Nun bedeutet Demokratie Herrschaft des Volkes. Das Problem wiederholt sich also. Welches Volk soll entscheiden? Würde das ganze spanische Volk in einem Referendum abstimmen, wäre das Ergebnis aufgrund der Mehrheitsverhältnisse vorentschieden. Schließlich sind die Katalanen eine relativ kleine Minderheit. Deshalb muss ein demokratischer Prozess in Katalonien seinen Ausgang nehmen. Am besten durch ein Referendum, in dem neben einer Sezession auch eine Vertiefung der Autonomie in Spanien zur Wahl steht. Ein solches Referendum würde dann die Grundlage für Verhandlungen mit dem restlichen Spanien bilden.

Ein Sezessionsreferendum wurde den Katalanen aufgrund der geltenden Verfassung versagt. Der Ratifikation dieser Verfassung durch ein gesamtspanisches Referendum am 6. Dezember 1978 wird heute gedacht. Mit dieser Verfassung wurde Spanien nach der Franco-Diktatur demokratisiert und die Unterdrückung Kataloniens beendet. Gleichwohl bleibt die Verfassung zentralistisch geprägt. So wurde eine von allen politischen Kräften vereinbarte Vertiefung der substaatlichen Autonomie Kataloniens 2010 für verfassungswidrig erklärt. Erst in Reaktion darauf erstarbte die katalanische Sezessionsbewegung. Dies führte 2017 zum Sezessionsreferendum – das im Rahmen der spanischen Verfassung illegal war.

Eine jede demokratische Verfassung bedarf jedoch der Legitimation durch das Volk. Wenn umstritten ist, wer das Volk ist, muss dieser Streit demokratisch geklärt werden. Dabei ist es falsch, ein postnationalistisches Staatsvolk Gesamtspaniens zurückgebliebenen Nationalisten in Katalonien gegenüberzustellen. Zum einen schreibt die Verfassung die Unteilbarkeit der spanischen Nation fest und ist insofern selbst nationalistisch. Zum anderen ist das regionale Selbstverständnis in Katalonien nicht ethnisch fundiert, sondern offen für alle, die in Katalonien leben. In Spanien und anderswo sollte der Begriff des Volkes verfassungspolitisch verstanden werden: Ein Volk ist eine politische Gemeinschaft, die sich eine Verfassung gibt und nach ihr handelt, sie aber auch ändern kann, wenn sie ihr nicht mehr entspricht. Ist eine solche Änderung verboten, haben Minderheiten wie die Katalanen das Recht auf zivilen Ungehorsam. Statt das Sezessionsreferendum als Akt zivilen Ungehorsams anzuerkennen, wurden die Verantwortlichen wegen „Aufruhrs“ zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Wie lässt sich damit umgehen? Kurzfristig sollte im Zuge der anstehenden Regierungsbildung in Madrid mit Befürwortern einer katalanischen Unabhängigkeit verhandelt werden. Langfristig ist eine Verfassungsreform nötig, die den tiefgreifenden Pluralismus in Spanien anerkennt. Am besten durch die Reorganisation Spaniens als föderalen Staat, der seine Legitimität aus allen konstituierenden Völkern zieht. Eine solche Lösung wird auch von der Mehrheit der Katalanen befürwortet. Die meisten von ihnen verstehen sich nämlich weder als nur katalanisch noch als nur spanisch, sondern als katalanisch und spanisch.

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Philosoph. Sein Buch „Wer ist das Volk? Eine republikanische Theorie der Sezession“ ist in diesem Jahr im Campus Verlag erschienen.

ESSAY



Jetzt, wo die SPD mit ihren neuen Vorsitzenden inhaltlich kaum mehr von der Partei Die Linke unterscheidbar ist und daher eigentlich auf einen Wiedervereinigungsparteitag zustreben sollte, verschieben sich die politischen Koordinaten der Bundesrepublik. Wenn zudem schon zuvor laut Allensbach nur noch 26 Prozent der Bundesbürger die Qualität der Regierung als eine Stärke des Landes sehen, dann stehen die Zeichen im so stabilitätsorientierten Deutschland wirklich auf Alarm. Es ist vollkommen unzulänglich, hierfür nur die GroKo verantwortlich machen zu wollen. Das Misstrauensvotum der Bürger in die mangelnde Qualität des Regierungshandelns reicht ja weit jenseits der Bundespolitik. Wer da im Interesse unserer Demokratie Abhilfe schaffen will und nicht die AfD als Aasgeier des politischen Verfalls füttern will, muss mit einer schonungslosen Ist-Analyse beginnen. Die Liste dessen, was in den letzten Jahren aus Sicht eines Durchschnittsbürgers alles falsch lief, ist lang:

- Energiewenden, die kaum CO₂ einsparen, dafür aber zu den weltweit höchsten Strompreisen führen.
- Zunehmende Preissteigerungen bei Immobilien und Mieten.
- Ein digitaler Netzstandard, der irgendwie dem Albaniens vergleichbar ist.
- Ein offener Arbeitsmarkt, der enormen Lohndruck auf das untere Drittel mit sich bringt (ein Phänomen, das in den USA Trump an die Macht brachte).
- Fortbestehende Grenzöffnungen, die politisch auf keinem Feld bewältigt werden.
- Zunehmende, mindestens gefühlte Unsicherheit im öffentlichen Raum.
- Ein Europa, das gefühlt mehr Probleme schafft, als es löst.

Mit all dem geht ein zunehmender Verlust des Gemeinschaftsgefühls einher. Und was tun die Eliten? Sie führen Twittergestützte Weltanschauungsdiskussionen untereinander, die nichts mehr mit den Problemen der Menschen zu tun haben. Und sich damit der eigenen, grotesken Verantwortungslosigkeit zu entledigen suchen, die die Bürger überall verspüren. Der organisatorische Bazillus des BER-Flughafens ist zunehmend überall. Die Bundesregierung hat Flugzeuge, die nicht fliegen, die Bundeswehr Panzer und U-Boote, die nicht fahren. Und in Dresden gibt es Panzerglas, das keines war. Während Steuern und Abgaben permanent weiter ansteigen, wird im öffentlichen Bereich immer weniger vernünftig gemanagt. Und dies in Zeiten eines disruptiven technischen Umbruchs, der weltweit den Wohlstand und die Machtverhältnisse neu verteilt wird. In diesen Zeiten sitzt unsere politische Klasse in einem Schlafwagen nach nirgendwo.

In der deutschen Politik muss also dringend jemand den Reset-Knopf drücken. Auf eine zündende Idee, die die Republik voranbringt, wird die GroKo nicht mehr kommen. Nicht zuletzt angesichts des ebenso tragikomischen wie absoluten Schlamasells der rot-rot-grünen Berliner Stadtregierung ist die Wiederbelebung der Idee der Jamaika-Koalition vom Herbst 2017 die einzig realistische Alternative. Aber selbst diese löst zunächst einmal ein breites Gähnen aus, zumal sie damals an Christian Lindner und seiner FDP gescheitert ist. Wenigstens ist seine Partei gerade dabei, sich aus dem Schatten Lindners zu befreien.

Die eigentlich inspirierende liberale Neuerfindungsstory seit 2017 aber sind die Grünen. Im Januar 2018 verkündete Robert Habeck im Umfeld seiner Übernahme des Parteivorsitzes, dass er die Partei fortan als (links-)liberale Partei zu positionieren gedenke. Dieses Vorhaben ist weniger abstrus, als es im ersten Augenblick erscheint. Allerdings muss es deutlich über das

Auf eine zündende Idee, die Deutschland voranbringt, wird die GroKo nicht mehr kommen. Der dringend nötige politische Reset ist nur mit einem Bündnis aus CDU/CSU, Grünen und FDP möglich. Wie kann gelingen, was 2017 schon im Anlauf scheiterte?



STEPHAN G. RICHTER

bewusst diffus gehaltene Versprechen einer kulturellen Öffnung hinausgehen. Die Grünen befinden sich insbesondere in der Umweltpolitik in einer prekären Lage. Sie haben auf diesem Gebiet so viel versprochen, dass sie große Gefahr laufen, so wie die etablierten Volksparteien zu einem politischen Großversprecherladen zu verkommen.

Wenn die Grünen auch nur den Hauch einer Chance haben wollen, ihre hehren Versprechungen in der Umweltpolitik einzulösen, müssen sie ganz entschieden auf technologische Innovationen setzen. Und dazu müssten sie sich zu einer mittelstandsorientierten, unternehmer- und investitionsfreundlichen Partei mausern. Wenn ihnen dieser innere Wandel nicht gelingt, werden wir als Gesellschaft auch nicht den Wohlstand erarbeiten können, der erforderlich ist, um die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen in der Migrationspolitik umsetzen zu können.

Zum Glück haben die Grünen sich, in Antizipation der Regierungsbeteiligung, schon jetzt viel deutlicher auf „Law and Order“ in diesem Bereich hin orientiert. Es besteht die Hoffnung, dass sie erkannt haben, wie wichtig die Beachtung starker Regeln hinsichtlich Spracherwerb, Frauenrechten und Arbeitstätigkeit für eine gute Integration ist. Ein solcher Erkenntniszuwachs bei den Grünen sollte sowohl die FDP als auch die Unionsparteien auf den Plan rufen und die in ihnen schlummernden liberalen Ideen herauskitzeln. Insofern steht es um „Jamaika, Take Two“ gar nicht so schlecht.



Was die CDU anbelangt, muss sie sich auf Bundesebene endlich wieder als mehr wahrnehmen denn als ewiger Windschattenspendler für eine orientierungslose, aber fleißig fordernde SPD. Das Duell der CDU mit den Grünen innerhalb einer Regierungskoalition wäre auch deshalb erfrischend, weil es endlich wieder um Zukunftsthemen gehen würde – und nicht nur um Retrothemen. So wäre etwa die Automobilkrise von einer Jamaika-Koalition niemals so vergeigt worden, wie die GroKo dies geschafft hat. An der Seite der Grünen könnte sich die CDU nicht länger mit billigen Plattitüden herausreden wie, dass sie die Partei der Bewahrung der Schöpfung sei. Auch sie müsste liefern. Egal wer in Zukunft Bundeskanzler ist, keiner Person wird es mehr möglich sein, die Dinge so zu verschleppen oder bloß anzukündigen, wie dies in den Merkel-Jahren der Fall war. Es wird wieder um alte deutsche Politikertugenden gehen müssen, das Liefern (und nicht den fatalen Hang zu großspurigen Ankündigungen, die dann nicht einmal ansatzweise eingelöst werden).

Der Reiz einer Vierparteienkoalition in den Jamaika-Farben besteht ideologisch betrachtet darin, dass dies zu einer politischen Dynamisierung des aktuell immer weiter schwindenden liberalen Elements in unserer Republik führen könnte. Das hört sich zunächst wie eine hohle These an, bis man darüber näher nachdenkt. Dann gelangt man zu einer prägnanten Einsicht: Für jede der vier potenziellen Jamaika-Parteien ist das „L“-Antriebsmoment das Kernelement zur Wiederbelebung ihres eigenen Markenkerns. Und damit zugleich der Schlüssel zum gemeinsamen politischen Erfolg. Eine solche Kehrtwende – hin zu einem klaren Bekenntnis zum liberalen Element in seinen vielfältigen Schattierungen (was alles andere ist als das in Deutschland meist denunziatorisch benutzte „neoliberal“) – ist vor allem aus einem Grund wichtig. Die sich abzeichnende, simultan verlaufende deutsche Konjunktur- und Strukturkrise bedroht die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Wohlstands so sehr, wie dies seit 1954 nicht mehr der Fall gewesen ist.

Für keine Partei sollte ein solcher, mit Jamaika verbundener Politikwechsel befreiender sein als für die CDU. Die entscheidenden Strukturformen – Digitalisierung, Mobilitätswende, Baurecht, bis hin zu Schul- und Bankenreform – sind unter der Kanzlerschaft Angela Merksels immer wieder hinausgeschoben worden. Dafür trägt die CDU als Hauptregierungspartei seit 2005 historisch direkte Verantwortung. Die kreative Unruhe der Grünen sollte sich mit Blick auf den wichtigen „can do“-Geist positiv auswirken. Momentan glauben sowohl die CDU/CSU wie die FDP noch daran, dass sie sich als die großen Temperierer grüner Ambitionen durchwursteln können. Stattdessen ist auf einen echten internen Wettbewerb der perspektivischen neuen Koalitionspartner zu hoffen, in dem sich bei dem jeweils anstehenden Sachthema die zwei dynamischeren der vier Parteien durchsetzen. Es gibt so viel zu tun, dass der praktikabelste und beste Weg für Jamaika ist, themengetrieben auf der Basis von divergierenden Sachkoalitionen untereinander zu operieren.

Im idealen Jamaika sind CDU/CSU für die innere Sicherheit, die FDP für die Wirtschaft und die Grünen für Umwelt und Kultur zuständig. Wenn kein echter Neustart gelingt, wird es in der Realität anders kommen und Deutschlands Zukunft sieht dann düster aus. Denn wenn wir weiterhin statt auf sachpolitische Klarheit und Stringenz auf alles bis zur Unkenntlichkeit verunstaltende Kompromisse setzen, wird die politische Stabilität der Bundesrepublik noch weiter erodieren. Nur haben wir in Zukunft nicht mehr die üppigen finanziellen Mittel, um diese Formelkompromisse mit Geldzuweisungen zu übertünchen. Auch das wird zuallererst eine zentrale Herausforderung der CDU sein. Da die Schnittmenge zwischen SPD und CDU – wenn man von Frau Merkel absieht – größer ist als zwischen der CDU und den Grünen, werden die Kompromisse für die CDU jetzt noch schwieriger als bisher.

Der Autor leitet den Thinktank „The Globalist“ in Berlin.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

<p>Herausgeber: Stefan Aust Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tietz Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld Stv. Chefredakteur: Robin Alexander</p>	<p>Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner Chefredakteur: Torsten Krauel Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler Creative Director: Cornelius Tittel Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer</p>	<p>Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich Investigation/Reportage: Wolfgang Böscher, Manuel Bewander Außenpolitik: Clemens Wergin, Stv. Klaus Geiger, Silke Mühlherr Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Defner, Thomas Exner (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Jan Kiveler, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah</p>	<p>Lühmann Literarische Welt: Dr. Mara Delius Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor) Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Volker Zeitler Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider Community/Social: Thore Bar-</p>	<p>fuss und Wolfgang Scheida WELTplus: Sebastian Lange Video: Martin Heller Cvd Produktion: Patricia Plate Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz Chefkönonom: Dr. Dorothea Siems Korrespondent:</p>	<p>denten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger Chefredakteur Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau Chefredakteur: Heike Vowinkel Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gäsche, Peter Huth, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert Auslandskorrespondenten:</p>	<p>Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schütz Budapest: Boris Kalnoky Istanbul: Deniz Yücel Jerusalem: Gil Yaron Kapstadt: Christian Putsch London: Stefanie Bolzen, Thomas Kiellinger Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Peking: Johnny Erling Prag: Hans-Jörg Schmidt Warschau: Philip Fritz Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm</p>
---	---	---	--	---	--	---